

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 524-525 / 22. Jahrgang, 6. November 2008

Kinderkrebs um Atomkraftwerke:

Epidemiologische Tatsachen fordern den „gegenwärtigen strahlenbiologischen Kenntnisstand“ heraus. Anmerkungen zur Stellungnahme der SSK zur KiKK-Studie. Von Dr. Hagen Scherb.

Seite 4

Kinderkrebs um Atomkraftwerke:

Feuchtgebiete – der neue Bestseller der Strahlenschutzkommission. Sind die Leukämien bei Krümmel und anderswo durch Wasserdampf entstanden? – Anmerkungen von Inge Schmitz-Feuerhake.

Seite 5

Kinderkrebs um Atomkraftwerke:

Wenn die Strahlenwirkung überproportional mit der Dosis ansteigt, führt eine Mittelung der Dosis im Nahbereich von Kernkraftwerken zu einer Unterschätzung des Risikos. Von Dr. Alfred Körblein.

Seite 8

Uranbergbau in Thüringen:

Die Strahlenbelastung der Bevölkerung vor und nach der Sanierung der Uranbergbauregion Ronneburg aus der Sicht einer Bürgerinitiative (1988-2008). Von Dipl.-Ing. Frank Lange.

Seite 12

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

Ein Psychogramm der Strahlenschutzkommission

Stellungnahme der Strahlenschutzkommission (SSK) zur KiKK-Studie stößt auf Widerspruch. Zweifel an der Seriosität. Bundesregierung wird aufgefordert zu reagieren.

„Kein strengerer Strahlenschutz – In der Umgebung deutscher Kernkraftwerke sind keine strengeren Vorschriften im Strahlenschutz notwendig, weil sich ein Zusammenhang mit Leukämie nicht nachweisen lässt. Das teilte am Donnerstag das Bundesumweltministerium in Berlin mit. Es berief sich auf eine

Untersuchung der Strahlenschutzkommission. Diese war von Umweltminister Gabriel beauftragt worden, die Gründe herauszufinden, warum die Statistik in einem Fünf-Kilometer-Radius um Kernkraftwerke ein erhöhtes Leukämierisiko bei Kindern unter fünf Jahren ausweist. Die Kommission kam zu dem Ergebnis,

dass es eine wissenschaftlich nachvollziehbare Ursache für diese Beobachtung nicht gibt, weil die Strahlenbelastung der Kraftwerke viel zu gering sei, um Leukämie auslösen zu können. (km.)“ So faßte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 10. Oktober 2008 das Ergebnis eines Pressegesprächs vom Vortag im Bundesumweltministerium (BMU) in Berlin zusammen. Gesprächspartner waren der Unterabteilungsleiter Strahlenschutz des BMU, Dr. Karl-Eugen Huthmacher, der Fachbereichsleiter Strahlenschutz und Gesundheit des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Dr. Wolfgang Weiß, der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission (SSK) der Bundesregierung, Prof. Dr. Rolf Michel, und der Leiter der SSK-Arbeitsgruppe zur Bewertung der KiKK-Studie und ehemalige SSK-Vorsitzende Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich Müller. Mit der Begründung, der Zugang zu dem Gespräch sei „nicht öffentlich“, sondern „auf wenige Tageszeitungen und Hörfunk-

stationen beschränkt“, war Strahlentelex zuvor kurzfristig wieder ausgeladen worden. Der Einschätzung, man habe sich vor unbequemen Fragen gefürchtet, wurde von Seiten des BMU nicht widersprochen. Aus dem BfS verlautete, man habe das Gespräch „möglichst niedrig hängen“ wollen, falls von Seiten der SSK zu viel Unsinn erzählt werde.

Die Stellungnahme der SSK zur KiKK-Studie¹ gibt derzeit keine wissenschaftliche Begründung für ihre Auffassung. Diese soll erst Mitte November 2008 nachgereicht werden oder „rechtzeitig vor einer öffentlichen Fachveranstaltung in Bonn am 16. Dezember 2008“, auf der sich die SSK laut Erklärung des BMU einer Fachdiskussion stellen soll. Auffällig ist auch, daß relativierende Aussagen des Haupttextes der SSK-Stellungnahme

¹ Zur Kinderkrebsstudie des Kinderkrebsregisters in Mainz (KiKK-Studie) siehe die ausführliche Dokumentation unter www.strahlentelex.de/kinderkrebs_bei_atomkraftwerken.htm

in der Zusammenfassung zu Gewissheiten umformuliert sind. Insgesamt präsentiert sich damit der Text der SSK nicht als wissenschaftliche Arbeit, sondern als Abbild ihrer Befindlichkeit, als ein Psychogramm der SSK.

Die Stellungnahme der SSK zur KiKK-Studie steht im Widerspruch zum Kenntnisstand ihres Berichterstatters

Bei der Fachdiskussion über die höchst strittige Stellungnahme der SSK sollte man allerdings die Kernaussage der KiKK-Studie nicht aus den Augen verlieren, heißt es von Seiten der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW: „Unstrittig bei der ganzen Diskussion ist mittlerweile, daß die Kinderkrebsstudie bewiesen hat: Kernkraftwerke machen Krebs. Gestritten wird im Grunde darum, auf welche Weise der Krebs dabei ausgelöst wird.“ Betroffen seien die Menschen, die in AKW-Nähe wohnen: „Es ist bei der KiKK-Studie sicher ein Abstandstrend nachgewiesen worden, der weit über 5 Kilometer hinaus bis zu einer Entfernung von 50 Kilometer nachweisbar ist. Das bedeutet auch in 50 Kilometer Entfernung: Je näher ein Kleinkind am AKW wohnt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, an Krebs und Leukämie zu erkranken.“

Wie erwartet versuche die Strahlenschutzkommission von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Studie zu den erhöhten Kinderkrebsraten in der Umgebung deutscher Kernkraftwerke zu relativieren, kritisiert der IPPNW-Arzt Reinhold Thiel die Stellungnahme der SSK: „Obwohl das Studiendesign von allen an der Studie direkt und indirekt beteiligten Experten im Grundsatz unterstützt und die Seriosität der Studie immer wieder auch vom Bundesamt für Strahlenschutz betont wurde, übt nun die Strahlenschutzkommission Kritik am

Studien-Design, ganz offensichtlich nur deswegen, weil ihr das Ergebnis der Studie nicht gefällt.“ Die Strahlenschutzkommission schütze damit nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern die Atomindustrie.

Für Thiel ist es insbesondere auch nicht verständlich, daß die Strahlenschutzkommission versucht, den Blick auf einen 5-Kilometer-Umkreis um die deutschen Kernkraftwerke zu verengen, obwohl die KiKK-Studie den Nachweis eines erhöhten Krebsrisikos bis zu einer Entfernung von 50 Kilometern führt.

Die IPPNW kritisiert ferner, daß die Strahlenschutzkommission verharmlosend die „natürlichen Strahlenexpositionen im Untersuchungsgebiet“ durch Atomkraftwerke heranziehe. „Die Kommission unterscheidet gegenüber der Öffentlichkeit nicht zwischen der natürlichen Strahlung, die unsere Körper vornehmlich von außen trifft, und der Aufnahme hochgefährlicher Radionuklide, die aus Atomkraftwerken freigesetzt werden und vom Menschen über die Luft und die Nahrung aufgenommen werden können“, kritisiert Thiel. „Im ungünstigen Fall kann bereits ein einziges im Körper aufgenommenes radioaktives Partikel eine Krebsentwicklung auslösen. Deshalb ist es mittlerweile unstrittig, daß es keine Schwellendosis für Schäden durch Radioaktivität gibt.“

Die IPPNW weist auch darauf hin, daß die Stellungnahme der Strahlenschutzkommission, die von Wolfgang-Ulrich Müller, Professor für Strahlenbiologie im Institut für medizinische Strahlenbiologie der Universität Essen, in Berlin präsentiert wurde, in Widerspruch zu dessen eigenem Kenntnisstand stehe. „Müller kennt als Strahlenbiologe sehr genau die wissenschaftliche Diskussion um die Niedrigstrahlung“, so Diplom-Biologe Henrik Paulitz, Atom-

energie-Experte der IPPNW. Auf der vom Bundesumweltministerium am 19. Juni 2007 in Berlin ausgerichteten Konferenz „Neue Erkenntnisse zur Wirkung der Strahlung auf den Menschen – die neuen ICRP-Empfehlungen“ habe Müller dargelegt, über welche Mechanismen selbst niedrigste Strahlendosen zu Krebs führen können.

Müller hatte in seinem Vortrag auf zahlreiche bekannte biologische Faktoren hingewiesen, auf denen die Strahlenempfindlichkeit im Niedrigstrahlenbereich (unter 100 Millisievert) beruht. Einige, wie etwa der „Bystander effect“, könnten ein erhöhtes Risiko bei Niedrigdosisstrahlung erklären. Die Strahlenwirkung im Niedrigdosisstrahlenbereich sei nicht unbedingt linear, vielmehr könnten bestimmte niedrige Strahlendosen große Wirkungen entfalten. Laut Müller ist die Strahlenempfindlichkeit von Embryonen in der Frühphase der Schwangerschaft groß. Beispielsweise bestehe schon bei 10 Millisievert ein statistisch signifikant erhöhtes Leukämierisiko während der Schwangerschaft. Im Vergleich zum Erwachsenen im mittleren Alter wiesen bestimmte Altersgruppen eine höhere Strahlenempfindlichkeit auf, unter anderem Kinder, Jugendliche und Frauen unter 30 Jahren. Generell seien Frauen strahlenempfindlicher als Männer. Durch Radioaktivität bekämen sie häufiger Speiseröhren-, Magen-, Dickdarm-, Leber-, Lungen-, Brust- und Blasenkrebs. Müller wies auch auf die individuellen Unterschiede bei der Strahlenempfindlichkeit hin.

„Die auf dem Durchschnitts-Erwachsenen basierenden Strahlenschutzgrenzwerte stehen insofern massiv in Frage“, so Paulitz.

Die Vorsitzende der IPPNW, Dr. Angelika Claußen, weist darauf hin, daß die Behörden schon in der Vergangenheit

immer wieder das tatsächliche Strahlenrisiko unterschätzt haben, „auf Kosten vieler Menschenleben.“ Claußen verweist in diesem Zusammenhang auf die Aussage von Müller auf dem 13. Deutschen Atomrechtssymposium im Dezember 2007 in Berlin, wonach niemand „das wirkliche Ausmaß des Krebsrisikos im Dosisgrenzbereich unseres Strahlenschutzsystems“ kenne. Claußen: „Die Strahlenschutzkommission vermittelt mit ihrer Stellungnahme insofern eine Sicherheit bei der Bewertung des Strahlenrisikos, die schlichtweg nicht besteht.“

Das Bundesamt für Strahlenschutz sieht die zentrale Aussage der KiKK-Studie bestätigt

Je näher Kinder unter fünf Jahren an einem Atomkraftwerk wohnen, desto höher ist ihr Risiko, an Leukämie zu erkranken. Dieses zentrale Ergebnis der KiKK-Studie sieht das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nun auch durch den am 9. Oktober 2008 veröffentlichten Bericht der SSK bestätigt.

Nach Veröffentlichung der Ergebnisse der KiKK-Studie im Dezember 2007 hatten sowohl das BfS selbst als auch das Bundesumweltministerium Wissenschaftler mit der Überprüfung der Qualität der Studie betraut. Die Überprüfung der KiKK-Studie, die das BfS veranlaßt hatte, ist bereits seit März 2008 abgeschlossen und bestätigte ebenfalls die zentralen Ergebnisse der KiKK-Studie (Jöckel, Greiser, Hoffmann, März 2008).

Die Experten des BfS weisen zudem die Auffassung der Strahlenschutzkommission zurück, die aus Atomkraftwerken freigesetzten Radionuklide könnten nicht die Ursache für die vermehrte Krebshäufigkeit sein. In ihrer fachlichen Stellungnahme vom 9. Oktober 2008 konstatiert das BfS über die SSK-Stellung-

nahme zur KiKK-Studie: „Mögliche Unsicherheiten zum Stand des gegenwärtigen Wissens werden im Bewertungsbericht der SSK nicht diskutiert.“ Die Meinung, daß radioaktive Strahlung „grundsätzlich nicht“ oder daß Strahlung nicht kausal mit dem Anstieg des Erkrankungsrisikos in Zusammenhang stehe, werde „vom BfS in dieser Stringenz nicht geteilt“. Es falle schwer nachzuvollziehen, auf welcher fachlichen Grundlage „ein Umweltfaktor mit nachgewiesenem leukämogenem bzw. karzinogenem Potential wie Strahlung“ von der weiteren Diskussion „grundsätzlich“ ausgeschlossen werde „und statt dessen über unbekannte Umweltfaktoren spekuliert wird“, monieren die Fachleute des Bundesamtes für Strahlenschutz.

Zweifel an der Seriosität der Strahlenschutzkommission

Die IPPNW fordert nun Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) dazu auf, die bestehenden Strahlenschutzgrenzwerte an den tatsächlichen Stand des Wissens über Niedrigdosisstrahlung anzupassen und hierbei das Vorsorgeprinzip anzuwenden, wonach im Zweifelsfall Grenzwerte drastisch abzusenken sind.

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW hält es für abwegig, die nachweislich krebsauslösende Wirkung inkorporierter radioaktiver Partikel in Frage zu stellen, wie es der Tenor der SSK-Stellungnahme impliziert. „Wir haben massive Zweifel an der Unabhängigkeit der Strahlenschutzkommission“, so IPPNW-Arzt Thiel. „Die SSK-Stellungnahme ist nicht seriös.“

Nach Auffassung der IPPNW ist auch nicht zu akzeptieren, daß der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission, Professor Dr. Rolf Michel, Jour-

nalisten gegenüber behauptet, als Ursache kämen Pestizide in Betracht, obwohl das Mainzer Kinderkrebsregister, das die Kinderkrebsstudie (KiKK-Studie) durchführte, mit einer zusätzlich durchgeführten Fall-Kontrollstudie Pestizide als Ursache verneint hat. „Herr Michel hat mit seinen Äußerungen gegenüber der Öffentlichkeit eine Grenze überschritten. Mit seriöser Wissenschaft hat das nichts zu tun“, so Thiel.

Inzwischen fordern Anwohner Entschädigungen für den Wertverlust ihrer Grundstücke im 50-Kilometer-Umkreis der Atomkraftwerksstandorte und Eltern Hilfen bei der Umsiedlung ihrer Familien. Es dürfe nicht sein, daß unschuldige Kinder weiterhin auf archaische Weise zu Opfern gemacht werden. Th.D.

Die vollständige Stellungnahme der Strahlenschutzkommission zur KiKK-Studie ist zu finden unter www.bfs.de/de/kerntechnik/kinderkrebs/sskbericht57.pdf

Die vorläufige fachliche Bewertung des SSK-Berichts durch das BfS ist abrufbar unter www.bfs.de/de/kerntechnik/kinderkrebs/Stellungnahme_SSK

Die gutachterliche Stellungnahme zur KiKK-Studie im Auftrage des BfS der Professoren Jöckel, Greiser und Hoffmann vom März 2008 ist abrufbar unter www.bfs.de/de/kerntechnik/Qualitaetspruefung.html

Ausführliche Dokumentation zur Kinderkrebsstudie (KiKK-Studie) unter www.strahlentelex.de/kinderkrebs_bei_atomkraftwerken.htm

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

IPPNW und BUND informieren die Bevölkerung

In Vortragsveranstaltungen informieren die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW und der BUND für Umwelt und Naturschutz die Bevölkerung:

- Am Samstag, 8.11.2008 in Darmstadt, 14-18 Uhr, Mollerbau, Karolinenplatz 3. Der Eintritt ist frei.
- Am Mittwoch, 12.11.2008 in 89278 Nersingen, 20 Uhr, Evang. Gemeindezentrum, Dorfstraße.
- Am Samstag, 22.11.2008 in Augsburg, 10:30-18:30 Uhr, Im Annahof 4, Fachtagung für UmweltschützerInnen, Anmeldung Raimund Kamm, Verein FORUM, kamm@atommuell-lager.de, 10 EUR Kostenbeitrag.

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

Studie zu Kinderkrebs um Schweizer Kernkraftwerke gestartet

Die Arbeiten zur Schweizer Studie über Krebserkrankungen bei Kindern mit Wohnort in der Nähe von Kernkraftwerken sind im September 2008 angelaufen. Die sogenannte CANUPIS-Studie wurde von der Krebsliga Schweiz und vom Schweizerischen Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegeben. Sie wird vom Schweizer Kinderkrebsregister in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern und der Schweizerischen Pädiatrischen Onkologie Gruppe (SPOG) durchgeführt. Die Ergebnisse sollen 2011 veröffentlicht werden. Das erklärte die Krebsliga Schweiz in Bern in einer Medienmitteilung vom 9. September 2008.

Betrachtet werden soll die Gesamtheit der zwischen 1985 und 2007 in der Schweiz geborenen Kinder und berücksichtigt werden sollen neben dem Wohnort, an dem die an Krebs erkrankten Kinder zum Zeitpunkt der Diagnose leb-

ten, auch alle früheren Wohnorte bis zurück zur Geburt der Kinder. Das Schweizer Kinderkrebsregister registriert seit 1976 landesweit alle Krebserkrankungen bei Kindern und wird am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern geführt. Zum Vergleichen sollen Daten über gesunde Kinder aus der «Swiss National Cohort» verwendet werden, ein „gesamtschweizerischer anonymer Datensatz, der auf Volkszählungen von 1990 und 2000 sowie auf weiteren Statistiken beruht“, teilt die Krebsliga mit. Offenbar soll keine ordentliche Fall-Kontrollstudie durchgeführt werden. Außerdem bleibt unklar, ob die Anzahl von Krebsfällen im Umkreis der schweizerischen Reaktoren ausreicht, um eine vergleichbare Risikoerhöhung wie in Deutschland überhaupt nachweisen zu können. Denn die Atommeiler konzentrieren sich in der Schweiz auf lediglich zwei Standorte, nicht auf 16 wie in Deutschland. So haben sich die Experten in der Schweiz wohl eine ordentliche Stichprobenkalkulation gespart. Die offiziellen Angaben zur Methodik auf der Homepage www.canupis.ch sind zu dürftig.

Die Studie soll 820.000 Franken kosten, die von der Krebsliga Schweiz und vom Schweizerischen Bundesamt für Gesundheit zu gleichen Teilen sowie von den Stromproduzenten Axpo und BKW aufgebracht werden. Eine international zusammengesetzte Begleitgruppe aus sechs Experten aus Frankreich, den Niederlanden, Deutschland, Grossbritannien, den USA und der Schweiz, soll die wissenschaftliche Qualität und Unabhängigkeit der Studie garantieren – und zwar aus Deutschland ausgerechnet die Chefin des Mainzer Kinderkrebsregisters, die damit bekannt geworden ist, daß sie die Ergebnisse aus ihrem Hause kleinzureden versucht..

Ein Psychogramm ...**Gegendarstellung**

Im Artikel „Ein Psychogramm der Strahlenschutzkommission“ vom 06. November 2008 behaupten Sie im Zusammenhang mit einem Pressegespräch des BMU: „Aus dem BfS verlautete, man habe das Gespräch „möglichst niedrig hängen“ wollen, falls von Seiten der SSK zu viel Unsinn erzählt werde.“ Diese Aussage entbehrt jeder Grundlage. Ich weise sie mit aller Entschiedenheit zurück. Die Position des BfS zur Bewertung der SSK-Stellungnahme ist der vorläufigen fachlichen Bewertung des SSK-Berichts durch das BfS vom 9. Oktober zu entnehmen (http://www.bfs.de/de/kerntechnik/kinderkrebs/Stellungnahme_SSK). Dort wird ausgeführt, dass sich „das BfS in seiner ersten Bewertung der KiKK-Studie vom Dezember 2007 durch das jetzt vorgelegte Gutachten von Darby und Read bestätigt sieht. Auch die zentralen Aussagen der SSK-Bewertung bestätigen die Positionierung des BfS vom Dezember 2007. In den zentralen Aussagen ergeben sich auch keine Widersprüche zur Bewertung der „Epidemiologischen Qualitätsprüfung der KiKK-Studien“ durch die Professoren Jöckel, Greiser und Hoffmann vom 19.03.2008.“

Werner Nording
Pressesprecher, BfS

*Anmerkung der Redaktion:
Nach dem Presserecht besteht ein Anspruch auf Wiedergabe einer Gegendarstellung unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Strahlentelex betont, daß die vom BfS-Sprecher be-
anstandete Aussage im Strahlentelex vom November 2008 richtig zitiert worden ist. ●*